

9. Generalversammlung Stadt- und Gewerbevereinigung Solothurn
21. März 2018
Kurt Fluri, Stadtpräsident & Nationalrat

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Vorweg danke ich ganz herzlich für die diesjährige Einladung zum Grusswort, vor allem natürlich für Ihr Engagement für die städtische Wirtschaft, für die tägliche Arbeit für Ihr Geschäft und damit für die ganze Stadt.

Hier schliesse ich natürlich Sie alle ein, die ja die Stadt- und Gewerbevereinigung Solothurn ausmachen. Speziell aber danke ich dem Vorstand für seine zusätzliche Arbeit im Interesse der Vereinigung und damit im Interesse der Stadt.

Am 22. Februar hat ein Anlass stattgefunden, der tatsächlich Seltenheitswert oder, wie er auch qualifiziert worden ist, historischen Wert hat: Vertreter des Gewerkschaftsbundes des Kantons Solothurn, des Einwohnergemeindeverbandes, der Solothurner Handelskammer und des Kantonal-solothurnischen Gewerbeverbandes haben ihren Vorschlag zur Umsetzung der Steuervorlage 17 im Kanton Solothurn vorgelegt. Heute hat der Bundesrat seine Vorstellungen zu dieser Vorlage präsentiert, welche ja bekanntlich die Zweitaufgabe der Unternehmenssteuerreform III ist, welche an der Urne abgelehnt worden ist.

Die Vertreter der genannten Organisationen sowie die Vertreter der kantonalen Verwaltung sind einstimmig – und darin liegt der Seltenheitswert dieses Anlasses – einstimmig beschlossen, bei der Umsetzung der Steuervorlage 17 eine kompetitive Steuerpolitik mit Gegenfinanzierungsvorschlägen und Entlastungen für Familien und kleine und mittlere Einkommen vorzuschlagen. Sie sind zum Schluss gekommen, dass gewissermassen als Gegenstück zur schlechten Situation unseres Kantons im Vergleich der Einkommenssteuersätze bei der Gewinnbesteuerung der juristischen Personen ein markanter Punkt gesetzt werden muss. Sie ist demzufolge zum Schluss gekommen, dass ein Steuersatz von unter 13 Prozent, nämlich 12.9 Prozent, angestrebt werden muss, um mittel- und langfristig attraktiv zu werden und entsprechende Unternehmen anzuziehen.

Bekanntlich muss die Schweiz auf internationalen Druck die Steuerprivilegien für international tätige Gesellschaften, wie zum Beispiel Holding Gesellschaften, aufheben. Werden diese Privilegien einfach so und ohne Kompensation aufgehoben, müssten die betreffenden Gesellschaften mehr als doppelt so viel Steuern bezahlen wie bisher. Selbstverständlich will und kann sich dies keine Firma leisten. Sie würden sofort in steuergünstige schweizerische oder eben dann ausländische Alternativstandorte verschoben. Wie wir aus eigener Erfahrung wissen, folgt der Verlegung des Steuersitzes beim nächsten Investitionsentscheid auch der Hauptsitz, die Produktionsstätte und damit auch die Arbeitsplätze. Unter diesen Vorzeichen, vor allem eben zur Rettung der Arbeitsplätze, haben sich die genannten Organisationen auf diesen Steuersatz geeinigt. Zudem sind sie sich einig, dass die vom Bund vorgeschlagene Patentbox sowie der Zusatzabzug für Forschungs- und Entwicklungsaufwand gewährt werden müssen und auch für unseren Kanton wichtig sind.

Allerdings wäre es fahrlässig, ohne Aufzeigen der Kompensationsmöglichkeiten hohe Steuerausfälle in Kauf zu nehmen. So haben sich auch die Wirtschaftsverbände dazu durchgerungen, die kantonale Dividendenbesteuerung bei Beteiligungsgesellschaften von 60

auf 70 Prozent und die kantonale Vermögenssteuer von 1.0 auf 1.4 Promille ab einem steuerbaren Vermögen von 1 Mio. Franken vorzuschlagen.

Zusätzlich schlagen die Sozialpartner und die Gemeinden eine Standortabgabe vor, welche ausschliesslich von den juristischen Personen erhoben würde und neben einer minimalen Grundgebühr nur von Unternehmen zu entrichten ist, welche auch Gewinne versteuern. Einzelunternehmen und die Personengesellschaften wären davon nicht betroffen.

Diese flankierenden Massnahmen bringen insgesamt rund 30 Mio. Franken, 5 Mio. davon durch eine moderate Erhöhung der Familienausgleichskassen-Beiträge für alle Arbeitgeber und zum grössten Teil, nämlich mit 25 Mio. Franken, durch diejenigen Firmen, welche von den Steuersenkungen profitieren können. Eine zusätzliche Gegenfinanzierung in der Höhe von 20 Mio. Franken leistet der Bund mit der Erhöhung der Rückerstattung der Bundessteuern an die Kantone.

Ich bin überzeugt, dass dieser Kompromiss tragfähig ist und auch den noch zaudernden Regierungsrat überzeugen sollte, unserem Kanton einen derartigen Attraktivitätsgewinn vorschlagen muss, um auch im Bewusstsein der Schweiz und der Wirtschaft sein Kellerdasein ablösen zu können.

Die wirtschaftliche Situation in der Region Solothurn ist nicht schlecht, schauen wir nur allein schon die Zahlen der Stellensuchenden und der Arbeitslosen an:

| | | |
|-----------------|---------------|-------|
| Stellensuchende | Januar 2017: | 4.4 % |
| | Januar 2018: | 4.0 % |
| | Februar 2018: | 4.0 % |
| Arbeitslose | Januar 2017: | 3.0 % |
| | Januar 2018: | 2.6 % |
| | Februar 2018: | 2.6 % |

Einzelschicksale sind natürlich tragisch, im Allgemeinen sind das aber nicht dramatische Prozentzahlen.

Appell an die Wirtschaft: Auch „ältere“ Stellensuchende anstellen, aus menschlichen Gründen, aus wirtschaftlichen Gründen (Berufs- und Lebenserfahrung) und aus sozialpolitischen Gründen (notwendige Erhöhung des Rentenalters bleibt sonst chancenlos).

Innenstadtentwicklung:

Einerseits gibt es immer wieder und immer schneller Meldungen von Geschäftsschliessungen.

Andererseits wurden die Lücken bisher relativ schnell wieder geschlossen. Leere Schaufenster über längere Zeit sind selten.

Entscheide Manor (Food in Innenstadt) und Coop (Kofmehl-Areal) sind meines Erachtens keine Indizien für eine beginnende Negativspirale. Manor wird wie angekündigt in der Innenstadt investieren – vielen Dank! -, der Coop-Entscheid ist vielleicht doch ein erstes Anzeichen einer gewissen Sättigung im Food-Bereich.

Die Bemühungen der SGGSo, die Einkaufsmeile zu fördern, sind begrüssenswert. Patentrezepte gegen Auswirkungen des Online-Einkaufs gibt es leider nicht.

Die drei Parkhäuser mit attraktiven Tarifen, deren Nähe zum Stadtzentrum, die historische Kulisse, viele gute Beizen, Bars etc. sind sicher Vorteile im Hinblick auf eine attraktive Innenstadt. Das gilt auch für unsere 2 Märet pro Woche, die eigentlich ein Einkaufszentrum in der Stadt darstellen. Sehr attraktiv! Gratulation an die IG Märet mit Elsbeth Lanz an der Spitze!

Herr Lindt hat ein düsteres Szenario geschildert. Solche und ähnliche Befürchtungen hörten wir schon früher. Sie haben sich bis heute nicht bewahrheitet. Aber ich habe schon auch den Eindruck, mit dem Online-Handel gehe es um eine neue Dimension der Bedeutung des Detailhandels. Wenn die Projektgruppe zustande kommt, kann ich heute schon zusichern, dass wir einen rechten Beitrag leisten werden – weil wir Interesse daran haben!

Reaktionsfähigkeit des Gewerbes ist sicher vorhanden. Übrigens: Die HESO war eine Gegenreaktion des städtischen Gewerbes auf die Einkaufszentren in der Umgebung.

Uns bleibt es, eine gewerbe- und wirtschaftsfreundliche Politik zu betreiben, ohne Land zu verschenken oder Investitionsbeiträge zu leisten, wie dies in anderen Ländern offenbar üblich ist.

Eindeutig im Aufwind ist die Entwicklung im Tourismus- und Seminarbetrieb: Es gibt eine erfreuliche Zunahme an Übernachtungen und Stadtführungen. Dank an Jürgen Hofer und sein Team!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gutes Jahr, politisch und wirtschaftlich, und für heute noch einen schönen Abend.